NACHRICHTEN
Österreich

Pensionistenverband warnt: Kürzungen bedrohen unsere Zukunft!

Am 3. Dezember 2024 warnt Dr. Peter Kostelka vom PVÖ vor Pensionskürzungen und betont die wirtschaftliche Bedeutung älterer Menschen.

Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - Am 3. Dezember 2024 warnte der Präsident des Pensionistenverbands Österreichs (PVÖ), Dr. Peter Kostelka, während einer Vorstandssitzung vehement vor den negativen Konsequenzen aktueller Vorschläge zur Kürzung der Pensionen. Inmitten politischer Diskussionen fordert eine Vielzahl von Interessengruppen, darunter die Industriellenvereinigung und einige Wirtschaftsforscher, eine Anpassung der Pensionen unter der Inflationsrate und eine Erhöhung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters auf 67 Jahre. Kostelka kritisierte diese Ideen scharf und erklärte, dass es eine Verletzung von Rechten der bereits geplagten Pensionsbezieher wäre, die eine hohe Inflation von über 10 Prozent in den letzten Jahren vorfinanzieren mussten – eine Situation, die besonders hart für die ältere Generation sei. Laut ihm ist es inakzeptabel, dass ältere Menschen in ein „Aktien-Roulette-Spiel“ gedrängt werden, was zu prekären finanziellen Situationen führen könnte, wie es in anderen Ländern bereits der Fall ist, die ähnliche Systeme haben, berichtet **ots.at**.

Wirtschaftliche Bedeutung der Pensionisten

Der PVÖ stellte zudem klar, dass die älteren Menschen nicht als Kostenfaktor, sondern als bedeutender Wirtschaftsfaktor angesehen werden sollten. Kostelka betonte, dass die Kaufkraft

der Pensionistinnen und Pensionisten jährlich rund 50 Milliarden Euro ausmacht, was entscheidend für die österreichische Wirtschaft ist. Die Steuereinnahmen aus dieser Bevölkerungsgruppe belaufen sich auf etwa 20 Milliarden Euro jährlich, und ihre ehrenamtliche Arbeit wird auf rund 2,5 Milliarden Euro geschätzt. Diese wirtschaftlichen Beiträge werden oft übersehen, wenn es um Einsparungsvorschläge geht, so Kostelka. Er äußerte eine klare Ablehnung gegenüber den Vorschlägen, die Pensionen unter massiven Einschnitten leiden würden. Insbesondere erwähnt er, dass die Mindestpension weiterhin unter der Armutsgrenze liege und es daher unangemessen sei, Kürzungen überhaupt in Betracht zu ziehen, wie **pvoe.at** berichtet.

Details	
Vorfall	Gesetzgebung
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• **www.ots.at** • **pvoe.at**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at